



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 17.06.2026 – Auszug aus Drucksache 19/12540 –

Frage Nummer 41

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Mia
Goller**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Da die Staatsregierung beabsichtigt, mit der Waldumbauoffensive und den in Aussicht gestellten 200 Stellen bis 2030 im Privat- und Körperschaftswald eine Fläche von 200 000 Hektar Wald umzubauen, frage ich die Staatsregierung, wie viele der 146 Stellen für den Waldumbau aus der Waldumbauoffensive, die im Bericht von Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber zum Waldpakt im März 2026 im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus genannt wurden, sind im Saldo tatsächlich neu geschaffen worden (bitte auch entsprechende Vollzeit-äquivalente angeben), wie viele dieser 146 Stellen wurden im Zuge der laufenden Personalabbauverpflichtung umgewandelt und wie kann die Staatsregierung das Ziel von 200 000 Hektar Waldumbau im Privat- und Körperschaftswald bis 2030 erreichen, insbesondere vor dem Hintergrund des geltenden Stellenmoratoriums, da, wie die Staatsministerin selbst in ihrem Bericht zum Waldpakt klarstellte, „der Klimawandel keine Pause mache“, die Forstverwaltung aber durch das aktuelle Stellenmoratorium keine weiteren Stellen bekommt?

Antwort des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Zur Frage der „neu geschaffenen Stellen“ ist zu sagen, dass alle 145,5 Stellen, die das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus bisher für die Waldumbauoffensive in den Jahren 2018 bis 2025 erhalten hat, neu geschaffen wurden, weil sie ohne die Waldumbauoffensive nicht vorhanden wären.

In der haushälterisch-technischen Umsetzung wurden die Stellen auf unterschiedlichem Wege zusätzlich geschaffen. 63,5 Stellen wurden durch Umwandlung von ansonsten nach dem früheren Art. 6b des Haushaltsgesetzes abzubauenen Stellen geschaffen. Soweit mit der „laufenden Personalabbauverpflichtung“ der Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2026/2027 gemeint ist, wurden keine Stellen umgewandelt.

Zur Frage der voraussichtlichen Zielerreichung des Waldumbauziels vor dem Hintergrund des Stellenmoratoriums und angesichts des Klimawandels liegt die Antwort ganz wesentlich in einer effizienten, vordigitalen Förderabwicklung und einer

attraktiven waldbaulichen Förderung mit im Mittel 50 Prozent erhöhten Fördersätzen seit 01.072025.